Friedenskonsolidierung: Handlungsoptionen und Risiken beim Aufbau stabiler Friedensordnungen

2. Interdisziplinärer Workshop von DSF und AFB
am 3. und 4.12.2004 in Hannover

Deutsche Stiftung Friedensforschung
Am Ledenhof 3-5
49074 Osnabrück
Fon 0541-6003542
Fax 0541-60079039
info@bundesstiftung-friedensforschung.de
www.bundesstiftung-friedensforschung.de

© 2005 Deutsche Stiftung Friedensforschung
Gestaltung, Satz und Herstellung: atelier-raddatz.de und DSF
Alle Rechte vorbehalten.

Spendenkonto der Deutschen Stiftung Friedensforschung:
Konto 1230, Sparkasse Osnabrück, BLZ 265 501 05

Einführung

Volker Rittberger

Der Interdisziplinäre Workshop „Friedenskonsolidierung: Handlungsoptionen und Risiken beim Aufbau stabiler Friedensordnungen“ – zu ergänzen wäre: „nach Kriegen“ – wird gemeinsam von der Deutschen Stiftung Friedensforschung (DSF) und der Arbeitsstelle Friedensforschung Bonn (AFB) ausgerichtet. Mit diesem Workshop setzt die Stiftung ihre Bemühungen fort, Forschungen über und für den Frieden in Deutschland zu stärken. Eingeladen wurden Forscher und Forscherinnen, die ein von der Stiftung gefördertes Projekt zu einem Thema bearbeiten, das sich in einen mit dem Stichwort „post-conflict peacebuilding“ oder „Friedenskonsolidierung“ gekennzeichneten thematischen Rahmen einordnen lässt.

Die Stiftung und die AFB führten bereits im Januar 2004 einen ersten auf einen thematischen Schwerpunkt ausgerichteten Workshop über „Medien des Kriegs – Medien des Friedens? Friedensforschung und Medien im Spannungsfeld von Theorie und Praxis“ mit Projektnehmern und -nehmerinnen der DSF durch. Aufbauend auf dieser Erfahrung bereiteten die Veranstalter den zweiten Workshop für Projektnehmer der Stiftung und ihre Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen vor. Sollte sich auch dieses zweite Pilotprojekt bewähren, wird die Stiftung ihre projektbegleitenden Aktivitäten auch in Zukunft fortsetzen.

Bei der Vorbereitung dieses Workshop haben sich die Veranstalter Gedanken darüber gemacht, welche Zielsetzungen erreicht werden sollen, die sowohl für die beteiligten Projektnehmer und -nehmerinnen als auch für die Stiftung von weiterführendem Nutzen sind. Die folgenden fünf Punkte fassen diese Überlegungen zusammen:

- Der Workshop soll dazu beitragen, die Kontaktaufnahme und den Austausch (Vernetzung) zwischen Projektnehmern und -nehmerinnen der Stiftung und ihren Mitarbeitern und Mitarbeiterinnen, die in einem thematisch verwandten Themengebiet arbeiten oder ein solches Thema aus einer anderen disziplinären Perspektive untersuchen, zu fördern.
- Mit Werkstattberichten sollen die Teilnehmer/innen laufende und abgeschlossene Forschungsprojekte vorstellen. Die Diskussion über die methodische Anlage des Vorhabens, die Arbeitshypothesen und (Teil-)Ergebnisse soll einen konstruktiven Feedback-Prozess ermöglichen, der auch unterschiedliche disziplinäre Zugänge berücksichtigt.
- Offene Forschungsfragen sollen konstruktiv weiterentwickelt werden.
- Die Projektnehmer und -nehmerinnen sollen dazu angeregt werden, ihre Überlegungen zur Vermittlung ihrer Forschungsergebnisse in die politische Praxis und Öffentlichkeit zu präzisieren.

Die Stiftung ist sich darüber im Klaren, dass der Workshop nur einen ersten Anstoß für die weitere Zusammenarbeit geben kann. Gleichwohl ist er ein wichtiger Baustein für eine intensivierte Kommunikation und Vernetzung in der deutschen Friedens- und Konfliktforschung.

Die Themenstellung des Workshop „Friedenskonsolidierung: Handlungsoptionen und Risiken beim Aufbau stabiler Friedensordnungen“ ist vor dem Hintergrund ihrer wachsenden Bedeutung für die Friedensforschung und für die Friedenspolitik ausgewählt worden. Die häufig erst nach langwierigen Verhandlungen erreichte Beendigung eines Gewaltkonflikts gewährleistet noch lange keine stabile, auf Dauer angelegte Friedensordnung. Der vor

dem Ausbruch oder während des Gewaltkonflikts eingetretene Zerfall staatlicher Strukturen mit allen seinen Konsequenzen für die menschliche Sicherheit oder anhaltende ethnische Spannungen führen häufig zum Wiederaufflammen von Gewalt und stellen deshalb große Herausforderungen für, dem Ziel eines dauerhaften Friedens verpflichtete, wissenschaftliche Untersuchungen und politische Handlungskonzepte dar.

Die wissenschaftliche Beschäftigung mit Konfliktursachen und -dynamiken hat zwar nichts von ihrer Wichtigkeit verloren, da sie zur Analyse der Voraussetzungen und Ausgangsbedingungen für die Förderung von Frieden, ganz zu schweigen von der Konsolidierung von Frieden in einer Konfliktregion, beiträgt. Die Friedensforschung muss aber auch Antworten darauf geben können, wie nach einer Konfliktbeendigung der sich anschließende Prozess des Aufbaus einer Friedensordnung gestaltet und diese auf eine dauerhafte Grundlage gestellt werden kann. Hierfür ist es erforderlich, unter Berücksichtigung von politischen, sozialen, ökonomischen und kulturellen Faktoren adäquate Handlungskonzepte und -szenarien zu entwickeln.

Die unter der Federführung des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) und der Gesellschaft für Technische Zusammenarbeit (GTZ) in den Jahren 1997 - 2001 durchgeführten Evaluierungsstudien zum „Peacebuilding“, die „Joint Utstein Study of Peacebuilding“, kam im Januar 2003 zu dem nicht völlig überraschenden Ergebnis: „(...) knowledge of the current state of the art of peace building projects and programmes remains limited. There is still an urgent need for more empirical expertise and lessons learned from the actual implementation of strategies and approaches for peace building.”[1]

Der Beitrag der Friedensforschung sollte darin bestehen, theoriegeleitete Studien und empirisch robuste Befunde zu generieren, die in einem weiteren Schritt auch zu politikrelevanten Empfehlungen ausgearbeitet werden können. Theoretische Fundierung und methodische Anspruchshöhe sollten nicht gering geschätzt werden, vor allem wenn es um den Transfer von Forschungsergebnissen geht, die externe Validität beanspruchen.

Die DSF hat in den letzten Monaten dem Transferprozess verstärkte Aufmerksamkeit gewidmet und in Fachgesprächen mit Mitgliedern der Bundestagsfraktionen von SPD und CDU/CSU[2] sowie mit einem Parlamentarischen Abend zum „Aktionsplan Zivile Krisenprävention, Konfliktlösung und Friedenskonsolidierung“[3] den Dialog mit der Politik gesucht. Die von der Stiftung in diese Gespräche eingebrachten Forschungsthemen und -ergebnisse stießen auf lebhaftes Interesse. Es bleibt zu hoffen, dass diese Aktivitäten den Anfang eines dauerhaften Informations- und Konsultationsaustausches zwischen Friedensforschung und politischer Öffentlichkeit bilden werden.

Mit dem Blick auf diesen Workshop ist insbesondere das Thema des Parlamentarischen Abends der Stiftung von Bedeutung: die Weiterentwicklung und Umsetzung des von der Bundesregierung im Mai 2004 beschlossenen „Aktionsplans Zivile Krisenprävention, Konfliktlösung und Friedenskonsolidierung“. Programme mit ähnlichen Zielvorstellungen wurden bereits zu einem früheren Zeitpunkt von der schwedischen und der britischen Regierung aufgelegt, ohne jedoch den hohen Grad der Systematisierung des deutschen Plans

---

[1] Uwe Kievelitz/Gabriele Kruk/Norbert Frieters: Joint Utstein Study of Peacebuilding. National report on Germany. In: http://www2.gtz.de/crisisprevention/download/utstein.pdf (2. Mai 2005).
[2] Beiträge für die Fachgespräche sind veröffentlicht in: Impulse für Friedensforschung und Politik. Stand und Weiterentwicklung der Stiftungsaktivitäten. (= Forum DSF No. 2) 2004.
[3] Wissenschaftliche Ausarbeitungen sind erscheinen in: Die Friedens-Warte. Journal of International Peace and Organization 78 (2004) 3-4 .

zu erreichen.[4] Der Aktionsplan könnte ein wichtiger Meilenstein bei der Ausgestaltung einer pro-aktiven Friedenspolitik durch die Bundesregierung werden. Vorrangige Zielsetzungen sind nun:

- friedenspolitische Prioritäten in Gestalt von Pilotprojekten zu setzen,
- die europäische Anschlussfähigkeit herzustellen und
- die Implementierung des Aktionsplans finanziell zu unterfüttern und organisatorisch abzusichern.

Aus der Sicht der DSF ist es erstrebenswert, die Implementierung des Aktionsplans durch Inputs von durch die Stiftung geförderten Projekten zu begleiten.

Nicht jedes während des Workshop vorgestellte Forschungsprojekt fügt sich gänzlich nahtlos in sein Rahmenthema ein, so z.B. solche, die auch Fragen der Konfliktdynamik aufgreifen. Für den Prozess der Friedenskonsolidierung spielt sie gleichwohl eine nicht zu unterschätzende Rolle. Auch die erst jüngst in die Förderung aufgenommenen, thematisch einschlägigen Forschungsprojekte von Dr. Tobias Debiel (INEF, Universität Duisburg-Essen)/Dr. Conrad Schetter (ZEF, Bonn) und von Prof. Dr. Volker Epping (Universität Hannover)/PD Dr. Hans-Joachim Heintze (Universität Bochum) sind bereits vertreten. Bei der Vorbereitung des Workshop wurde zudem darauf geachtet, Projekte mit ähnlichen regionalen oder thematischen Schwerpunkten bei der Präsentation zu bündeln, um mögliche Synergieeffekte zu erzeugen.

Die Veranstalter hatten ferner darum gebeten, Projektskizzen vorzulegen, die je nach dem erreichten Stand des Forschungsvorhabens unterschiedlich ausfallen können. Sie sollen:

- Arbeitshypothesen formulieren, wenn das Projekt noch am Anfang steht,
- Zwischenergebnisse vorlegen, wenn das Projekt bereits fortgeschritten ist und
- abschließende Ergebnisse vorstellen, wenn das Projekt sich in der Endphase befindet.

Darüber hinaus sollen alle Projektskizzen Aussagen zu folgenden Punkten enthalten:

- Präzise Angaben zum Gegenstand und zur Problemstellung der Untersuchung.
- Kurze Erläuterungen zum Stand der Forschung und zum angestrebten, ins Neue weisenden, Beitrag des Projekts.
- Ausführungen über die Anlage der Untersuchung und die methodische Vorgehensweise.
- Überlegungen zum möglichen Transfer der Forschungsergebnisse.

Die Stiftung weiß nur zu gut, dass es ihr allein schwer fiele, den Vorbereitungs- und organisatorischen Aufwand für einen solchen Workshop zu schultern. Daher ist sie der Arbeitsstelle Friedensforschung Bonn sehr zu Dank verpflichtet, dass sie sich dem Kooperationsersuchen wiederum nicht nur nicht verschlossen, sondern mit großem Engagement geholfen hat, diesen Workshop auszurichten.

---

[4] Für Hinweise siehe den Beitrag von Tobias Debiel in: Die Friedens-Warte. Journal of International Peace and Organization 78 (2004) 3-4, S.253-298.

Natürlich erfreut es die Veranstalter dieses Workshop ungemein, dass ihre Einladung zur Teilnahme auf so große Resonanz gestoßen ist. Die große Mehrzahl derer, die an einem von der DSF im Themenbereich „Friedenskonsolidierung“ geförderten Forschungsvorhaben arbeiten, haben auf die Einladung positiv reagiert.
Besonderen Dank schulden die Veranstalter Dr. Jochen Hippler vom Institut für Frieden und Entwicklung an der Universität Duisburg-Essen und Dr. Ulrich Schneckener von der Stiftung Wissenschaft und Politik, Berlin, für die Übernahme der Moderation während des Workshop und für die Erstellung des zusammenfassenden Workshop-Berichtes.

Tagungsbericht

Jochen Hippler und Ulrich Schneckener

Die Bedeutung von Gewaltprävention, Konfliktmanagement und Konfliktnachsorge ist unumstritten. Abgesehen davon, dass der Versuch militärischer Lösungen politisch nicht wünschbar sein kann: Die zahlreichen Konflikte mit ethnischem Hintergrund, Fälle von „*failed*“ oder „*failing states*“, Kriegsökonomien und Bürgerkriegen sind zu zahlreich, um sie alle mit den „klassischen“ Instrumenten von Militär- und Sicherheitspolitik bearbeiten zu können. Sie sind den entsprechenden Instrumenten häufig auch nur mit großen Einschränkungen zugänglich, da militärische und sicherheitspolitische Mittel im engeren Sinne eher an den Symptomen als an Konfliktursachen ansetzen. Deshalb ist der Ansatz der letzten Jahre, die Konfliktprävention und Konfliktnachsorge zu betonen (etwa im Rahmen des Aktionsplans der Bundesregierung), sowohl politisch als auch pragmatisch angebracht. Mag auch gelegentlich die Begrifflichkeit der Schärfung bedürfen – wenn etwa nicht selten Konzepte der Konfliktnachsorge als Teil der „Prävention“ behandelt werden, obwohl beides erkennbar unterschiedliche Herangehensweisen bezeichnet – so ändert dies nichts an der Tatsache, dass ohne erfolgreiche *post-conflict* Politik die Gefahr eines neuen Aufflammens von Gewaltkonflikten bestehen bleibt.

Entwicklungs-, Friedens- und Sicherheitspolitik darf deshalb nicht allein auf drohende und bereits entwickelte Gewaltkonflikte fokussiert sein, sondern muss auch die Konsolidierung von Friedensprozessen umfassen. Dies enthält durchaus präventive Elemente, da eine frühe Stabilisierung und Entwicklung von Friedenspotenzialen einer Gewalteskalation ja vorbeugen soll, trifft aber auch häufig auf Situationen der Konfliktnachsorge zu. Friedenskonsolidierung verdient, gemeinsam mit der Konfliktprävention ins Zentrum der wissenschaftlichen (und politischen) Aufmerksamkeit gerückt zu werden. So können Schnittpunkte der friedenswissenschaftlichen und politischen Debatten fruchtbar gemacht werden, wie sie etwa in die unterschiedlichen Formulierungen eines neuen „erweiterten Sicherheitsbegriffs“ eingeflossen sind. Und in dem Dreischritt von Prävention, Konfliktbearbeitung und Friedenskonsolidierung bietet letztere besondere Chancen: Die konstruktive Bearbeitung bereits eskalierter Konflikte ist zwar dringend, aber am wenigsten äußeren Politikbemühungen zugänglich, während Prävention zwar hochgradig sinnvoll und einen potenziell Erfolg versprechenden Ansatz darstellt, aber in vielen Fällen auf geringes Problembewusstsein in europäischen Gesellschaften trifft, da die dramatischen Medienbilder eines Krieges und humanitärer Katastrophen noch fehlen und deshalb die Bereitschaft zu größerem Engagement oft gering bleibt. In *post-conflict* Situationen dagegen bieten sich konzeptionell und politisch relativ günstige Eingriffsmöglichkeiten. Unter der Voraussetzung, dass darüber die schwierigeren Chancen der Prävention nicht vernachlässigt werden, kann und sollte Friedenskonsolidierung deshalb betont werden. Allerdings muss konstatiert werden, dass hier weitere konzeptionelle Arbeit der Friedensforschung notwendig ist, um deren Möglichkeiten voll ausschöpfen zu können.

In diesem inhaltlichen Kontext führte die Deutsche Stiftung Friedensforschung (DSF) in Zusammenarbeit mit der Arbeitsstelle Friedensforschung Bonn (AFB) am 3. und 4. Dezember 2004 in Hannover einen Workshop durch, in dessen Verlauf unterschiedliche Projekte der Stiftung im weiteren Bereich der Friedenskonsolidierung interdisziplinär diskutiert wurden.

Die Projekte

Die vorgestellten Projekte lassen sich vier Themenkomplexen zuordnen:

(a) Rolle externer Akteure bzw. von Drittparteien,

(b) Möglichkeiten zivilgesellschaftlicher Ansätze der Konfliktbearbeitung,

(c) Herstellung bzw. Gewährleistung von Sicherheit, und

(d) Friedenskonsolidierung unter Bedingungen prekärer Staatlichkeit.

(a) *Rolle externer Akteure bzw. von Drittparteien*

Ein breites Forschungsfeld bietet die Vielzahl an externen Akteuren bzw. Drittparteien, die in innerstaatliche Konflikte intervenieren. Welche Formen und Strategien verfolgen sie dabei? Unter welchen Bedingungen können sie einen konstruktiven Beitrag zur Friedenskonsolidierung leisten? Worin besteht die Wechselwirkung zwischen internen und externen Akteuren? Um solche Fragen beantworten zu können, bedarf es jedoch einer gesicherten Datenbasis. Das Projekt von Müller/Schweitzer[5] dient in erster Linie diesem Zweck: Ziel ist die Erhebung von staatlichen und nicht-staatlichen Interventionsmaßnahmen in den Konflikten im ehemaligen Jugoslawien (1988-2004). Angelegt wurde eine Datenbank mit über 2500 Einträgen nach bestimmten Kategorien (u.a. Akteur, Akteurstyp, Interventionsinstrument, Handlungen, Zielort, Zeitpunkt, Intention des Akteurs, Zielpersonen, Aussagen über Wirkungen, Interaktion mit anderen Intervenierenden). Als Interventionsformen bzw. Interventionsinstrumente werden unterschieden: Diplomatische Mittel; Sanktionen; militärische Mittel; internationale Polizei; Entsendung von Zivilpersonal; Mittel des internationalen Rechts; Kredite, Zuwendungen, materielle Hilfe; Flüchtlings- und Rückkehrerpolitik; Medien; Ausübung exekutiver Macht; Projekte; Lobbyarbeit, gewaltfreie Aktionen.

Ein konkretes Instrument externer Intervention stand hingegen im Mittelpunkt der Untersuchung von Ratsch/Klotz[6]: Evaluiert wurden Projekte des Zivilen Friedensdienstes (ZFD) in Bosnien und im Kosovo – und damit eine Schwerpunktregion des ZFD. Die vorläufigen Ergebnisse sind eher ernüchternd und zeigen die Grenzen dieses Instruments: Es lassen sich allenfalls indirekte Wirkungen auf den Friedensprozess feststellen, nur selten seien die Projektinhalte direkt auf die Friedensförderung konzentriert, sondern eher auf lokale Sozial- und Bildungsarbeit mit nur vage formulierten Zielsetzungen. Zudem werde das Konzept des ZFD vor Ort oftmals nicht verstanden.

Einen anderen Typ von externem Akteur hat das Projekt von Brzoska/Paes[7] zum Gegenstand: Hier geht es um die Frage, ob und inwiefern externe Wirtschaftsakteure einen konstruktiven Beitrag zur Beendigung von Ressourcenkonflikten leisten können, da für lokale

---

[5] Dr. Barbara Müller (Projektleiterin)/Christine Schweitzer (Projektbearbeiterin), Institut für Friedensarbeit und gewaltfreie Konfliktaustragung (IFGK). Forschungsprojekt: **Komplexe Interventionen in die Konflikte im ehemaligen Jugoslawien, 1988 –2001**.

[6] Dr. Ulrich Ratsch (Projektleiter)/Sabine Klotz (Projektbearbeiterin), Forschungsstätte der Evangelischen Studiengemeinschaft e.V. (FEST). Forschungsprojekt: **Der Beitrag des Zivilen Friedensdienstes zur zivilen Konfliktbearbeitung in Bosnien-Herzegowina und Kosovo.**

[7] Dr. Michael Brzoska (Projektleiter)/Wolf-Christian Paes (Projektbearbeiter), Bonn International Center for Conversion. Forschungsprojekt: **Die Rolle externer wirtschaftlicher Akteure in Bürgerkriegsökonomien und ihre Bedeutung für Kriegsbeendigungsstrategien in Afrika südlich der Sahara.**

Bürgerkriegsökonomien die Anbindung an überregionale Märkte von zentraler Bedeutung ist, dazu zählen Rohstoff-, Waffen-, Dienstleistungs- und Finanzmärkte. Untersucht werden ausschließlich Fälle aus Sub-Sahara-Afrika: Angola, DR Kongo, Guinea, Liberia, Sierra Leone, Somalia, Sudan, Elfenbeinküste und Nigeria (Niger-Delta). Im Mittelpunkt steht das Verhalten von ausländischen Unternehmen, internationalen Finanzinstitutionen, Waffenhändlern sowie externen Streitkräften (als Wirtschaftsfaktor), die sowohl Teil des Problems als auch Teil der Lösung sein können.

(b) *Möglichkeiten zivilgesellschaftlicher Ansätze der Konfliktbearbeitung*

Einen weiteren Schwerpunkt bildeten Projekte, die zivilgesellschaftliche Ansätze und damit bottom-up-Prozesse („Frieden von unten") untersuchen. Dazu gehört das Projekt von Schmidt/Schrader[8], das die Frage nach den legitimatorischen Grundlagen transnationaler NGOs bei der Bewältigung innerstaatlicher Konflikte stellt. Dazu wurden Feldstudien bei vier NGO-Projekten in Mazedonien durchgeführt, die im wesentlichen den Bereichen Jugendarbeit, interkulturelle Sozialarbeit bzw. capacity-building zuzuordnen sind. Deutlich wurde dabei, dass NGOs einem „Legitimitätsmix" unterliegen und ein „pro-aktives Legitimitätsmanagement" betreiben müssen, um einigermaßen erfolgreich zu sein, wobei insbesondere die Einbindung in lokale Netzwerke eine wesentliche „Legitimitätsressource" sei. Von einer ganz anderen Seite nähert sich das Projekt von Stobbe/Arnold[9] den Chancen zivilgesellschaftlicher Aktivitäten, indem es die philosophischen, ideengeschichtlichen und politikpraktischen Grundlagen der „gewaltfreien Aktion" untersucht – und zwar auf Basis eines interkulturellen Vergleichs. Ausgewertet werden die Werke von Martin Luther King (Baptist), Mahatma Gandhi (Hindu), Thich Nhat Nanh (Buddhist), Hildegard Goss-Mayr (Katholikin), Abdul Ghaffar Khan (Moslem), Ellen Moxley (Quäkerin) und Bart de Ligt (Anarcho-Sozialist).

(c) *Herstellung bzw. Gewährleistung von Sicherheit*

Eine wesentliche Aufgabe der Friedenskonsolidierung ist die Herstellung bzw. Gewährleistung von Sicherheit für die betroffene Bevölkerung. Die Stichworte sind hier vor allem Entwaffnung, Demobilisierung und Reintegration von Kämpfern sowie Maßnahmen zur Reform des Sicherheitssektors, insbesondere dem Aufbau von Polizei und Justizwesen. Mit einem Teilaspekt beschäftigt sich das Projekt von Bley/Schröder[10], indem es die Demobilisierungsprozesse in Äthiopien zwischen 1991 und 2004 analysiert, die – anders als die meisten Studien behaupten – nicht erfolgreich verliefen und letztlich keinen nachhaltigen Beitrag zur Friedenssicherung leisteten, wie sich am Krieg zwischen Eritrea und Äthiopien zeigte (1998-2000). Faktisch habe sich die Demobilisierung, durchgeführt unter der Regie der Staatspartei und nicht unter internationaler Kontrolle, als Modernisierung und Umrüstung der Armee erwiesen, die wenig am Selbstverständnis als regionale Hegemonialmacht oder an der Militärtradition des Landes änderte. Demobilisierung dürfe daher nicht allein politischen Machthabern überlassen werden, sondern müsse zivilgesellschaftlich eingebunden werden, um langfristig wirksam zu sein. Einen anderen Bereich behandelt das Pro-

---

[8] Prof. Dr. Hajo Schmidt (Projektleiter)/Dr. Lutz Schrader (Projektbearbeiter), Institut Frieden und Demokratie an der Fern-Universität Hagen. Forschungsprojekt: **Nichtregierungsorganisationen (NGOs) in der inter-/transnationalen Konfliktprävention und -bearbeitung. Das Problem der demokratischen Legitimation und Verantwortlichkeit.**

[9] Prof. Dr. Heinz-Günther Stobbe (Projektleiter)/Martin Arnold (Projektbearbeiter), Universität Siegen. Forschungsprojekt: **Die Wirkungsweise gewaltfreier Praxis: Zentrale Konfliktaustragungs-konzepte im interkulturellen Vergleich.**

[10] Prof. Dr. Helmut Bley (Projektleiter)/Günther Schröder (Projektbearbeiter), Universität Hannover. Forschungsprojekt: **Demobilisierung und Remobilisierung in Äthiopien ab 1991.**

jekt von Zellner/Stodiek[11], das den Aufbau multi-ethnischer Polizeien auf dem Balkan, unterstützt durch diverse OSZE-Missionen (Kosovo, Süd-Serbien, Mazedonien), untersucht. Ziel ist es, die Implementierung der Ausbildungskonzepte zu evaluieren und damit den „lessons learnt"-Prozess der OSZE (und anderer internationaler Akteure) zu befördern. Drei Dimensionen wurden vorrangig in den Blick genommen: strukturelle Defizite der Polizeiapparate, Ressourcenprobleme auf Seiten internationaler und lokaler Akteure sowie spezifische Herausforderung beim Aufbau multi-ethnischer Polizeien. Dabei konnten eine Reihe von Mängeln festgestellt werden wie etwa unzureichende Akademie- und Praxisausbildung, mangelnde Qualifikation internationaler Trainer (keine einheitlichen Standards) und der Polizeirekruten, die entweder aufgrund politischer Einflussnahme oder durch den Druck ehemaliger Rebellenverbände ausgewählt wurden, sowie hohe Korruptionsanfälligkeit aufgrund der niedrigen Bezahlung. Das Hauptproblem besteht jedoch darin, dass die ethnisch gemischten Polizeieinheiten vor allem bei der Mehrheitsbevölkerung in den jeweiligen Ländern auf Skepsis oder Ablehnung stoßen.

(d) *Friedenskonsolidierung unter Bedingungen prekärer Staatlichkeit*

Friedenskonsolidierung findet oftmals unter Bedingungen gescheiterter oder zumindest geschwächter Staatlichkeit statt, was eine Reihe von rechtlichen und politischen Problemen aufwirft. Mit der rechtlichen Seite befasst sich das Projekt von Epping/Heintze[12], welches den Gemeinsamkeiten und Unterschieden beim völkerrechtlichen Umgang mit „failed states" nachgeht, um die Notwendigkeit neuer Regelungen zu eruieren. Als Fallstudien sind Kosovo, Bosnien, Afghanistan und Irak vorgesehen, bei denen die Staatsgewalt nicht zuletzt durch internationale Akteure ausgeübt wird, wenn auch rechtlich in unterschiedlicher Form (z.B. UN-Protektorat, Besatzungsregime). Das Projekt von Debiel/Terlinden[13] fragt hingegen eher, ob und inwieweit Formen von Governance trotz gescheiterter Staatlichkeit existieren und inwiefern diese für den Aufbau von Staatlichkeit förderlich oder hinderlich sind. Am Beispiel von je zwei Regionen in Somalia (Somaliland/Hiran) und Afghanistan (Kunduz/Herat) soll untersucht werden, welche lokalen Akteure (z.B. Warlords, Milizen, Dorfälteste) Ordnungsfunktionen übernehmen und in einem gewissen Rahmen Governance erbringen, wobei zwischen security governance, political governance, administrative governance und socio-economic governance unterschieden wird. Am Beispiel Kolumbiens verweist das Tagungs- und Buchprojekt von Helfrich/Kurtenbach[14] auf diverse Dimensionen schwacher Staatlichkeit angesichts eines langanhaltenden Gewaltkonflikts zwischen Regierung und diversen Rebellenorganisationen. Analysiert werden u.a. die Folgen für die Staatsbildung, die demokratische Entwicklung, die politische Ökonomie und für das Verhältnis von Staat und Zivilgesellschaft.

---

[11] Dr. Wolfgang Zellner (Projektleiter)/Thorsten Stodiek (Projektbearbeiter), Zentrum für OSZE-Forschung (CORE) am Institut für Friedensforschung und Sicherheitspolitik an der Universität Hamburg (IFSH). Forschungsprojekt: **Die OSZE und der Aufbau multiethnischer Polizeien auf dem Balkan.**

[12] Prof. Dr. Volker Epping (Projektleiter), Universität Hannover/Dr. Hans-Joachim Heintze (Projektleiter), Universität Bochum. Forschungsprojekt: **Post-Conflict: Rebuilding of States. Völkerrechtliche Aspekte der Wiederherstellung von Staatlichkeit.**

[13] Dr. Tobias Debiel (Projektleiter), Institut für Entwicklung und Frieden (INEF)/Dr. Conrad Schetter (Projektleiter), Zentrum für Entwicklungsforschung (ZEF)/Ulf Terlinden(Projektbearbeiter), ZEF. Forschungsprojekt: **Staatsverfall als friedens- und entwicklungspolitische Herausforderung. Wie können Gewaltstrukturen transformiert und Governance-Ansätze gestärkt werden?**

[14] Dr. Linda Helfrich (Herausgeberin), Johann Wolfgang Goethe- Universität Frankfurt/Dr. Sabine Kurtenbach (Herausgeberin), Institut für Iberoamerika-Kunde Hamburg. Tagungsprojekt: **Kolumbien – Wege aus der Gewalt**. Publikationsprojekt: **Colombia – Caminos para salir de la violencia**.

Schlussbemerkungen

Bemerkenswert an der Diskussion der DSF-Projekte war deren Pluralität. Die geförderten Forschungsprojekte sind thematisch und methodologisch breit gefächert, was dem gegenwärtigen Stand friedenswissenschaftlicher Forschung entspricht. Das Spektrum reichte von empirisch geprägten Feldstudien bis zu geistesgeschichtlichen Zugängen. Trotz dieser Spannweite ergaben sich in der Diskussion einige Querschnittsfragen und übergreifende Problemfelder, die sich immer wieder aus verschiedener Perspektive stellten.

Zentral war etwa die Frage einer sachgerechten Bewertung und Evaluierung unterschiedlicher Versuche friedensfördernder Maßnahmen: „Frieden“ oder „Friedenskonsolidierung“ sind offensichtlich höchst komplexe und hoch aggregierte Begriffe, die zahllose Faktoren und Faktorensysteme zusammenfassen. Ob eine einzelne friedenspolitisch intendierte Maßnahme tatsächlich konkrete Beiträge zu „Frieden“ leistet, ist methodologisch oft schwer nachzuweisen, weil einerseits die Kausalitätsketten oft lang, Drittfaktoren bedeutsam und zeitliche Bewertungsrahmen ausgedehnt sind.

Ein immer wiederkehrendes Beispiel für dieses methodologische Problem bestand in der Einschätzung der friedensfördernden Potenziale von Nichtregierungsorganisationen (NGO) oder der Zivilgesellschaft insgesamt: Wie bedeutsam die Unterstützung einzelner Sektoren der Zivilgesellschaft für die Schaffung von gesamtgesellschaftlichem „Frieden“ ist, lässt sich oft nicht schlüssig beweisen, insbesondere nicht nach wenigen Jahren. Positive Wirkungen (und z. T. auch das Gegenteil) sind leicht plausibel zu machen, aber aufgrund zahlreicher anderer Einflussfaktoren nur schwer im strengen Sinn zu beweisen. Gerade vor diesem Hintergrund erwiesen sich die Diskussionen über die Rolle von zivilgesellschaftlichen Organisationen in Konflikt- oder *post-conflict*-Situationen als fruchtbar.

Damit verbunden führte die Diskussion immer wieder zur Frage, welche Rolle lokale Staatsapparate in der Entwicklung einer Gewaltdynamik und bei deren Überwindung spielen und spielen können. Insgesamt scheint gerade das Wechselspiel gesellschaftlicher und staatlicher Politik wichtige Zugänge zur Friedensentwicklung (oder dessen Gegenteil) zu eröffnen.

Insgesamt ergab der Workshop wichtige Anregungen für weiteren Forschungsbedarf. Die Schärfung der methodologischen Instrumentarien – sowohl zur Konzeptionierung als auch der Bewertung und Evaluierung friedenspolitischer Aktivitäten – erscheint sinnvoll, die Rolle lokaler und internationaler Zivilgesellschaft erwies sich als widersprüchlicher und komplexer, als in der Literatur oft unterstellt wird. Sie sollte verstärkt wissenschaftlich analysiert werden, und die Rolle externer Akteure insgesamt und vor dem Hintergrund des ganzen Bündels unterschiedlicher Instrumentarien und Politikansätze könnte mit Gewinn vertieft untersucht werden. Auch der Umgang mit lokalen Akteuren (auch „unkonventioneller“, also etwa traditioneller, religiöser Art und nicht allein moderner NGOs), mit dem Faktor Religion und Religiosität als Konflikt- und Friedensvariable, oder sogar mit „Gewaltakteuren“ sind relevante Arbeitsfelder, die zusätzliche Forschung gut vertragen können – gerade wenn sie mit der Frage lokaler, regionaler und nationaler staatlicher Politik verknüpft wird.

Zu den Autoren:

Dr. Jochen Hippler
Politikwissenschaftler. Vertretungsprofessur für das Fach “Politikwissenschaft mit dem Schwerpunkt Internationale Beziehungen” an der Universität Duisburg-Essen (Lehrstuhl Nuscheler). Mitarbeit am Institut für Entwicklung und Frieden (INEF) an der Universität Duisburg-Essen. Freiberufliche Nebentätigkeit als Politikberater und Consultant.
Arbeitsschwerpunkte: Politische Identitäten nationaler, ethnischer und religiöser Art im Kontext von Konflikten und Kriegen sowie bei der Demokratisierung von Gesellschaften; interkulturelle Dialoge; der Nahe und Mittlere Osten; Strukturveränderungen der internationalen Politik.

Prof. Dr. Volker Rittberger (Vorsitzender des Stiftungsrates der DSF)
Professor für Politikwissenschaft und Internationale Beziehungen; stellv. Institutsdirektor des Instituts für Politikwissenschaft, Eberhard Karls Universität Tübingen; Mitglied des VN-politischen Beirats des Auswärtigen Amtes und des Arbeitskreises Friedens- und Konfliktforschung beim Planungsstab des Auswärtigen Amtes; Vorsitzender des Wissenschaftlichen Beirats der Hessischen Stiftung Friedens- und Konfliktforschung (HSFK).

Dr. rer. pol. Ulrich Schneckener
Forschungsgruppe Globale Fragen der Stiftung Wissenschaft und Politik (SWP).
1996-2002 Wissenschaftlicher Mitarbeiter am Institut für Interkulturelle und Internationale Studien, Universität Bremen.
Mitglied im Editorial Board der Zeitschrift "Ethnopolitics" (Routledge)
Forschungsfelder: Nicht-staatliche Akteure in der Weltpolitik; Terrorismus und Terrorismusbekämpfung; internationales Konflikt- und Krisenmanagement; Probleme fragiler Staatlichkeit und des Staatszerfalls
Aktuelle Schwerpunkte: Transnationaler Terrorismus; Formen privater Gewalt; Koordination der SWP-Arbeitsgruppe "States at Risk".